



übrigens

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Hachenburg

FEBRUAR 1988

ORTSVEREINSZEITUNG DER HACHENBURGER SPD

"WAS BRINGT UNS DIE STEUERREFORM ?"

mit

HANS APEL

SPD (ehem. Bundesfinanzminister)

DONNERSTAG, DEN 18. Februar 1988

UM 19.00 Uhr

STADTHALLE HACHENBURG

Alle Bürgerinnen und Bürger sind
herzlich eingeladen!!!

LANGFRISTIGE PLANUNG FÜR DIE STADT HACHENBURG

Für die Stadt Hachenburg ist es erforderlich, daß ein langfristiges Entwicklungskonzept erstellt wird, nur durch solch eine weitschauende Gesamtplanung ist es zu vermeiden, daß kurzfristig sinnvoll erscheinende Lösungen, sich später

als Eigentore herausstellen. Dieser Grundsatz ist auch bei den in naher Zukunft anstehenden größeren Projekten in der Stadt (Stadtkernsanierung, Stadthallenumbau bzw. Neubau, Erweiterung der Tennisanlage...) zu berücksichtigen. Forts. S.2

Liebe Hachenburgerinnen und Hachenburger,

nicht nur vor den Wahlen, wenn wir Ihre Stimme benötigen, wollen wir uns an Sie wenden. Wir halten es für redlicher Sie auch in der Zwischenzeit über unsere Positionen und Aktionen zu informieren.

Wenn Sie Anregungen und Wünsche bezüglich unserer Arbeit haben, so teilen Sie uns dies bitte mit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Hachenburger SPD

STADTKERNSANIERUNG

In der Prioritätenliste der Projekte muß die Stadtkernsanierung die erste Stelle einnehmen. Die historische Bausubstanz, die so reichhaltig sonst nirgends im Westerwald zu finden ist, gilt es zu erhalten. Die Stadtkernsanierung, die vornehmlich im Bereich der "Hintergasse" durchgeführt werden soll, kann nur dann ein Erfolg werden, wenn sie die aktive Unterstützung der Anwohner und Hauseigentümer findet. Grundlage hierzu ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Anwohnern. Die Auseinandersetzung um die Verkehrsführung und das geplante Parkdeck im Bereich der "Hintergasse" war ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Es bleibt zu hoffen, daß bald ein umfassender und detaillierter Plan über die Stadtkernsanierung vorgelegt wird, damit private Investoren überschauen können, worauf sie sich einlassen. Vor allem aber auch, um allen Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit gegeben wird, ihre Meinung zur geplanten Stadtkernsanierung kundzutun.

STADTHALLE

Der Hachenburger Stadtrat hat gegen die Stimmung der SPD-Fraktion beschlossen, daß ein Teil des Feuerwehrgerätehauses an der Leipziger Str. zu einem Versammlungsraum umgebaut werden soll, außerdem beschloß man weitere Investitionen an der jetzigen Stadthalle vorzunehmen. Die in den Haushaltsplan der Stadt aufgenommen Maßnahmen werden nach der jetzigen Planung über

600.000,- DM kosten.

Unsere jetzige Stadthalle, deren Existenz viele Veranstaltungen in der Vergangenheit erst ermöglicht hat, war von Anfang an als Übergangslösung gedacht. Die Stadt Hachenburg wird nicht daran vorbeikommen bis zum Jahr 2000 eine Stadthalle zu bauen. Nach Ansicht der SPD ist es sinnvoller die Planung einer neuen Halle, an der mittelfristig niemand vorbeikommt, in Angriff zu nehmen, als für eine nur vorübergehende Lösung über eine halbe Millionen Mark auszugeben.

Hachenburg ist eine der wenigen Kommunen im Bund die mehr Rücklagen als Schulden hat. Die Stadt ist unbestreitbar in der Lage eine ihrer Größe entsprechende Halle zu finanzieren.

Die SPD bevorzugt nach wie vor für einen Stadthallenneubau das Gelände zwischen Freizeitbad und Rundsporthalle. Nach einer, von der SPD durchgeführten, Umfrage entspricht dies auch den mehrheitlichen Wünschen der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Standort bietet eine ganze Reihe von Vorteilen: Im dem Bereich des Freizeitbades und der Hauptschule sind ausreichend Parkplätze vorhanden.

Außerdem würde eine Stadthalle in dieser Umgebung landschaftlich nicht störend wirken und wenn man den Stadtteil Altstadt und die Neubaugebiete berücksichtigt, dann ist der vorgeschlagene Standort zentral gelegen.

Ein weiterer Vorteil für diesen Standort ist, daß damit die Möglichkeit geschaffen wird, am "Oberbach" ein attraktives

Freizeitgelände zu errichten. Damit hätte man zentral gelegen folgende Freizeitanlagen: Stadthalle, Freizeitbad, Rundsporthalle, Jugendzentrum, Sportplatz an der Hauptschule, Tennisplätze Altstadt, Freizeitpark, Bootsweiher, die Realschulturnhalle und den Kinderspielplatz.

TENNISPLÄTZE

Der Hachenburger Tennisclub hat sich mehrfach mit dem berechtigigten Wunsch an die Stadt gewandt, ihre Anlage um zwei Plätze zu erweitern. Das die Tennisanlage des Hachenburger Traditionsvereines zu klein geordnet ist, nachdem es durch das Tennisfieber und durch die Bundesbank zu einem starken Mitgliederanwachs gekommen ist, dürfte jedem einsichtig sein. Die SPD der Stadt unterstützt die Planung des Tennisclubs, die vorsieht, die Anlage um 2 Plätze auf dem Gelände des ehemaligen Cafe Roths zu erweitern. Diese Erweiterung ist mit relativ geringem Kostenaufwand zu realisieren. Die Mehrheit des Hachenburger Stadtrates lehnt jedoch die Pläne der SPD und des Tennisclubs ab. Die Mehrheit bevorzugt den Abriß der jetzigen Anlage (einschließlich des Clubhauses) und den Bau von sechs neuen Tennisplätzen mit Clubhaus an der Straße nach Alpenrod. Die Absicht, die Tennisplätze zu verlegen, dürfte von dem alten Plan der CDU motiviert sein, auf dem Gelände der jetzigen Tennisplätze eine neue Stadthalle zu bauen. Die SPD ist der Ansicht, daß dies ein unzumutbare Belastung des Steuerzahlers darstellt.

Neue Bildungsbarrieren

Der Eigenanteil der Wahlschüler (Realschule, Gymnasium usw.) beim Kauf einer Monatskarte für Bus und Bahn steigt im Westerwaldkreis um 5 DM auf 20 DM. Damit wollte sich die SPD-Kreistagsfraktion nicht zufriedengeben. Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Hummel bedauerte, daß das Land Rheinland-Pfalz diesen Eigenanteil gesetzlich vorschreibe. Daran könne der Kreistag nichts ändern. Er beantragte aber für die SPD-Fraktion, Familien mit einem geringeren Einkommen als 36.000 DM von diesem Eigenanteil zu befreien.

Hummel unterstrich seinen Antrag mit der Feststellung, daß es für Familien mit wenig Einkommen eine unzumutbare Last bedeute, wenn sie 200 DM bei einem oder 400 DM bei zwei Kindern jährlich auf den Tisch legen müssen, nur damit ihre Kinder eine weiterführende Schule besuchen können. Daneben müssen jährlich ansehnliche Beträge für Schulbücher und Lernmittel bezahlt werden.

Die CDU wischte den Antrag der SPD vom Tisch. Für die SPD-Kreistagsfraktion ist dies nichts anderes als der Aufbau neuer Bildungsbarrieren auf dem Rücken der Familien mit schmalen Portemonnaies.

Unterrichtsausfall an allen Schulen

Den Unterrichtsausfall an den rheinland-pfälzischen Schulen hat die SPD-Kreistagsfraktion kritisiert. Das Kultusministerium gebe für die Grund- und Hauptschulen den Unterrichtsausfall, der im Zusammenhang mit den Stundentafeln bereits vom Schuljahresbeginn an eingeplant sei, mit 1,1 Prozent an, berichtete der Abgeordnete Harald Schweitzer. Erkrankungen, Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen und Beurlaubungen von Lehrern würden in dieser Statistik jedoch nicht erfaßt. Deshalb müßten noch einmal fünf bis sieben Prozent zu den 1,1 Prozent hinzugezählt werden.

An den Sonderschulen gebe es keine Vertretungsreserve, sagte der SPD-Politiker. Für die Sprachheilambulatorien gebe es 71 Lehrer, 135 würden benötigt. Für die Realschulen werden nach Informationen der Verbände etwa 150 Lehrer benötigt. Eine Unterversorgung sei vor allem in den Fächern Musik, Religion und Bildende Kunst zu erwarten. Unterschiedlich sei die Lage an den Gymnasien. Dort bestehe ein Lehrerfehlbedarf in naturwissenschaftlichen Fächern und Musik. Am Karolinengymnasium in Frankenthal beklage der Schulleiternbeirat beispielsweise einen Ausfall des Mathe-

Das politische Kabarett "DIE SENSE" gastiert mit ihrem neuen Programm am Freitag, den 18. März um 20.00 Uhr im Hotel zur Krone in Hachenburg.

matikunterrichts von 30 Prozent. Im Teilzeitbereich der Berufsbildenden Schulen falle der Deutsch- und Sportunterricht teilweise völlig aus.

Der Oppositionspolitiker warf Kultusminister Dr. Georg Göltner (CDU) im Zusammenhang mit dem Unterrichtsausfall Vernebelung vor. Der Minister teile den tatsächlichen Unterrichtsausfall nicht mit und begründe das mit einem hohen Verwaltungsaufwand. Schweitzer forderte unter anderem, alle nach Beurlaubung und Teilzeitarbeit von Lehrern freiwerdende Stunden und Teilzeitstellen zu bündeln und für Neueinstellungen zu verwenden.

SPD-FRAUEN in Hachenburg

Eine Gruppe der "Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)" hat sich in der Verbandsgemeinde Hachenburg gegründet. Kontaktadresse: Ursula Schneider, Bergstr. 5239 Merkelbach (02662/3905).

Ladenschlußzeiten ändern?

Eine ernsthafte Gefahr für die Existenz vieler Einzelhandelsgeschäfte im Westerwaldkreis sieht der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Harald Schweitzer MdL in den Plänen von CDU und FDP, die Ladenschlußzeiten zu ändern.

Der SPD-Politiker wies darauf hin, daß bereits heute in zahlreichen Gemeinden im Kreisgebiet kein einziges Einzelhandelsgeschäft bestehe.

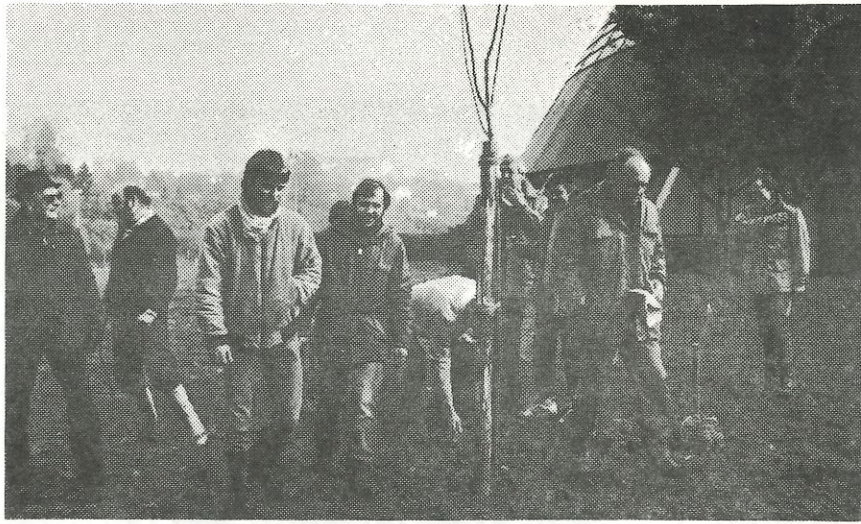
Eine Änderung der Ladenschlußzeiten setze die kleinen Geschäfte einem enormen Kostendruck aus und begünstige im wesentlichen die auf Selbstbedienung organisierten Handelsriesen und Großeinkaufsketten. Die Familienbetriebe und Läden mit wenigen Mitarbeitern seien kaum in der Lage, die für sie anstehenden Mehrbelastungen zu tragen.

Ein weiteres Sterben von Einzelhandelsgeschäften hat aber gerade für den ländlichen Bereich wie dem Westerwald weitreichende

Konsequenzen, auch für den Verbraucher, so Schweitzer, weil er gezwungen sein wird, noch längere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, um sich mit Gütern des täglichen Bedarfs zu versorgen. Dem stehe aber ein absolut unzureichendes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr im Westerwaldkreis gegenüber, der dem Kunden kaum oder nur unter erschwerten Bedingungen die Möglichkeit gibt, zum Einkaufen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren.

Benachteiligte sind insbesondere die älteren Menschen und Hausfrauen, die über kein Kraftfahrzeug verfügen können, weil der Mann mit dem Auto zur Arbeit fahren muß, stellte der SPD-Abgeordnete fest.

Schweitzer forderte die CDU und FDP auf, von der Änderung der Ladenschlußzeiten im Interesse der Existenz vieler Geschäfte im Einzelhandelsbereich, der dort beschäftigten Mitarbeiter sowie der Verbraucher abzurücken.



Mach mit bei uns.



(Bitte in lesbarer Druckschrift ausfüllen)

Beitrittsanmeldung SPD

 Zuname / Vorname

 Straße / Haus-Nr.

 Postleitzahl Wohnort

 Geburtsdatum

 SPD-Bezirk

 Bundestagswahlkreis SPD-Ub

 Landtagswahlkreis SPD-OV

Geschlecht m w (bitte zutreffendes Kästchen ankreuzen)

Ausgeübter Beruf _____ Gewerkschaft _____

Mitgliedschaft in Vereinen und anderen Organisationen _____

Beschäftigungsverhältnis (bitte nur ein Kästchen ankreuzen)

Angestellter Beamter Landwirt Schüler/Student
 Arbeiter/Facharbeiter Berufssoldat Lehrling Selbständig
 Hausfrau Rentner/Pensionär

 Zustellpostamt Beitrag

Hiermit bestelle ich den Vorwärts, die sozialdemokratische Wochenzeitung. Preis pro Monat 6,- DM Halbjährlich 36,- DM. Ja Nein

 (Datum) (Unterschrift des künftigen Mitglieds)

Coupon zurücksenden an: SPD
 Ortsverein Hachenburg, Postfach
 1412, 5238 Hachenburg



"Übrigens SPD" Zeitung der Hach-
 enburger SPD verantwortlich:
 Hendrik Hering, Barrwiese 7,
 5238 Hachenburg

Einladung

Dr. Hans Apel

Bundesfinanzminister a. D.

stellvertretender
Vorsitzender der
SPD - Bundestagsfraktion

spricht über

**„Wähler getäuscht,
Geld verwirtschaftet!“**

**am Donnerstag,
dem 18. Februar, 19.00 Uhr
in Hachenburg, Stadthalle**

Besuchen Sie uns,
es wird bestimmt ein interessanter Abend!

Wir im Westerwald

SPD-Kreistagsfraktion: Harald Schweitzer MdL



SPD-Kreisvorstand: Gerhard Roth MdL